

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 17 (1941-1942)
Heft: 3

Artikel: Die andere Frage
Autor: Huber, Fortunat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1067032>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die andere Frage

Drei Wünsche an die Parteiinstanzen und ausserparteilichen Komitees, welchen die Vorbereitungen für den Abstimmungskampf am 25. Januar obliegt — nebst einer Nachschrift an eine andere Adresse.

Von Fortunat Huber

Wir konnten es, wenn wir es nicht ohnehin wussten, aus der Zeitung erfahren, dass überall in unserem Lande die Werbearbeit um die Stimmbürger anlässlich der eidgenössischen Abstimmung über die Erhöhung der Zahl der Bundesräte und

die Wahl des Bundesrates durch das Volk bereits im Gange ist. Ich weiss nicht, wie es dabei im einzelnen zugeht. Aber ohne Zweifel werden Rednerlisten angelegt, Vorträge veranstaltet, Zeitungsartikel geschrieben, Broschüren verfasst, Plakate

entworfen, Inserate aufgesetzt, Flugblätter in Aussicht genommen, kurz, alle Mittel und Wege erwogen, die geeignet sind, die Bürger über die Stellungnahme der Partei aufzuklären, und die Mehrheit für diese zu gewinnen.

Das ist recht so. Es gereicht unserm Staat zum Vorteil, wenn die Aufklärung über Abstimmungsvorlagen gründlich geschieht. Sie kann weder zu umfassend, noch zu geschickt sein. Auch das Streben nach einer grossen Wahlbeteiligung wirkt sich für den Staat günstig aus. Es erhöht den Wert des Abstimmungsergebnisses als Ausdruck des Volkswillens.

Wohl hebt jede Partei, je nach ihrer Einstellung entweder die Vorteile oder die Nachteile der Initiative besonders hervor. Da aber beide Meinungen vertreten werden, kann der Wähler die Gründe der Anhänger und die der Widersacher der Vorlage gegeneinander abwägen, und zu einer eigenen Ueberzeugung kommen.

Eine Abstimmung ist ein Kampf und soll einer sein. Das gehört zum Wesen der Demokratie. Wo sich die verschiedenen Meinungen — die es überall gibt — nicht mehr offen messen können, da lohnt es sich überhaupt nicht, abzustimmen. Die Abstimmung ist zur Demonstration herabgesunken. Wir wollen den Kampf. Wir dürfen nicht einmal wünschen, dass er laut geführt werde. Auch nicht zugunsten eines Friedens, der dieses Namens unwürdig ist und nur unser Unvermögen verraten würde, politische Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Allzu grosse Empfindlichkeit für die Schärfe politischer Auseinandersetzungen ist keine staatsbürgerliche Tugend, sondern Kleinmut, der, wenn er überhand nähme, die Grundsätze unserer Staatsauffassung hinfällig machen würde.

Aber auch jene Bürger, die sich von dieser Angst frei fühlen, sehen den Vorbereitungen für die Abstimmung des nächsten Monats in ihrer grossen Mehrheit mit Unbehagen entgegen: beide, die Befürworter und die Gegner der Vorlage, beide aus dem gleichen Grunde.

* * *

Wir sind es gewohnt, dass die Bedeutung der meisten Abstimmungen und Wahlen übertrieben wird. Das lässt sich nicht völlig vermeiden. Es gehört mit zur Aufgabe der Männer und Instanzen, welche den Wahlkampf führen, die Wählerschaft aufzurütteln. Es gibt in der Grenzzone Fragen des Taktes und der Taktik, welche Mittel zu diesem Zwecke geboten, gerade noch erlaubt, und welche bereits verwerflich sind.

Aber die Grenze selbst steht fest. Wer sie verletzt, für den gelten weder partietaktische, noch parteistrategische Entschuldigungsgründe. Bei keiner Wahl und keiner Abstimmung darf die Drohung als Kampfwaffe benutzt werden, dass das Schicksal unseres Staates mit ihrem Ausfall entschieden werde. Und doch wird in den letzten Jahrzehnten eben diese Ueberreibung immer häufiger. Es ist zu fürchten, dass dieses grobe Geschütz, das selbst bei den unwichtigsten Abstimmungen zur Anwendung kommt, erst recht bei der kommenden Abstimmung ins Feld geführt wird, die in der Tat folgenschwer sein kann. Es wirkt. Aber zum Schaden beider Seiten.

Wie oft haben wir in den letzten Jahren an Wahl- und Abstimmungstagen gehört, es sei «fünf Minuten vor zwölf», Sein oder Nichtsein hänge an dem Faden eines Urnenentscheides. Wenn einmal eine einzelne Abstimmung unabwendbar und unkorrigierbar das Schicksal eines Landes bestimmen könnte, dann wäre es nie fünf Minuten vor zwölf, dann wäre in Wahrheit längst zwölf vorbei. Das Schicksal hätte bereits gesprochen. Die Abstimmung wäre eine Farce. Für eine gesunde Demokratie ist jeder, auch der schwerste Fehlentscheid, wenn er sich als solcher erweist, wieder gutzumachen. Der erste Wunsch an alle jene, die sich mit den Vorbereitungen zum Wahlkampf beschäftigen, ist deshalb: Heben Sie die Wichtigkeit der kommenden Abstimmung hervor! Sie müssen es tun! Aber nehmen Sie sich vor, diese nicht so weit zu übertreiben, dass der gutgläubige Stimmbürger zur Ansicht kommen müsste, dass an diesem einzigen Tage

wirklich über den Bestand unserer Eidgenossenschaft entschieden werde.

Auch eine andere Drohung darf bei Abstimmungskämpfen nie angewendet werden: die, dass ein Entscheid gegen die eigene Parteiparole eine weitere Zusammenarbeit mit dem Gegner ein für alle mal ausschliesse. Das Spiel mit dem unüberbrückbaren Graben ist, von wem es auch getrieben wird, verbrecherisch. Die Demokratie steht und fällt mit der Bereitschaft der Bürger, Abstimmungs- und Wahlergebnisse als Volkswillen anzuerkennen und sich ihm unterzuordnen.

Deshalb ist der zweite Wunsch: Sorgen Sie dafür, dass Ihre Kampfmittel nie gegen die unerlässliche Voraussetzung unserer politischen Einrichtungen verstossen, welche die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist, wie auch eine Abstimmung ausfalle!

Da eine Abstimmungsvorlage nicht aus den Wellen geboren wird und nicht aus den Wolken regnet, sondern im Kreise von Parteien erwogen, bearbeitet und vorgeschlagen wird und innerhalb der Parteien einzelne Männer sich für diese besonders einsetzen, so ist klar, dass es im Abstimmungskampf nicht nur um die Sachfrage geht, sondern auch um die Parteien und Männer, die sich für diese einsetzen oder diese bekämpfen. Dass jeder Abstimmungskampf, oder doch fast jeder, auch zu einem Kampf der Parteien und von einzelnen Persönlichkeiten gegen andere werden muss, kann nur bedauern, wer über die Aufgabe der Parteien unrichtige Vorstellungen hat. Die Parteien sind dazu da, um sich gegenseitig auseinanderzusetzen. Wo es keine Parteien mehr gibt, die das tun, ist die Freiheit tot. Der Kampf der Parteien ist also nicht an sich schon hässlich. Im Gegenteil, er ist ein erhebender Beweis, dass wir ein Volk sind, dessen Bürger im Rahmen des Möglichen über sich selbst bestimmen.

Dennoch ist der Parteikampf, so, wie er geführt wird, den meisten Bürgern zum Aergernis geworden. Es ist im Grunde genommen keineswegs die Schärfe, die abstösst, sondern die Gesinnung, mit der er

geführt wird. Kein vernünftiger Mensch — und die allermeisten Bürger sind vernünftig — verlangt von den Parteien, dass sie sich gleich gründlich und ausführlich mit den Gründen auseinandersetzen, die gegen ihre Stellungnahme zu einer Vorlage sprechen, oder dass sie jene, die für diese sprechen, nicht zuspitzen, um sie schlagkräftiger zu machen. Die Aufgabe der Parteien beschränkt sich ja nicht darauf, die Wähler aufzuklären, sondern sie besteht darin, sie zu einem endgültigen Entschluss, nämlich zu dem, den sie als richtig empfinden, zu bringen. Ihre Aufgabe ist gerade, die Wähler aus dem Wenn und Aber zu einem klaren Ja oder Nein zu bewegen.

Aber auch der Bürger, der das ein sieht, stösst sich mit Recht daran, dass sich die Parteien keineswegs damit begnügen, ihre Gründe ins Licht zu stellen, und jene der Gegner zu widerlegen. Sie lassen sich immer wieder dazu hinreissen, die eigene Partei und die eigenen Leute als die allein um das Vaterland besorgten Bürger hinzustellen und die andern gewissermassen, oder auch ausgesprochen als Landesverräter zu verunglimpfen.

Nun, es gibt Landesverräter. Sie sollen rücksichtslos angeprangert werden, in welchem Lager sie sich auch befinden. Jede Zimperlichkeit wäre hier verfehlt. Aber den Parteien, die im Rahmen unserer Gesetze tätig sind, landesverrätersche Beweggründe unterzuschieben, nur weil sie eine andere Meinung vertreten, ist mehr als ein Verstoss gegen die guten Sitten. Es ist die Unterhöhlung unserer demokratischen Einrichtungen.

Der gute Glaube, mit seiner Stellungnahme nicht nur der eigenen Partei und den eigenen «Interessengruppen», sondern auch dem Staat dienen zu wollen, muss auch beim Gegner vorausgesetzt und ihm zugebilligt werden. Wer diese erste Grundregel einer Demokratie verletzt, beleidigt den Gegner, aber darüber hinaus jeden Bürger, der ein Empfinden für die Würde unseres Staates hat. Für diese Verletzung des demokratischen Empfindens gibt es keine Milderungsgründe. Am wenigsten

durch die «Hitze des Gefechts». Diese «Hitze» ist überhaupt eine fragwürdige Sache. Sie mag bei gewissen Gelegenheiten, in gewissen Landesgegenden zwar auch die Wählerschaft ergreifen, in den allermeisten Fällen aber vernebelt sie nur die Köpfe weniger Parteimänner und kleiner Gruppen, während das Volk, auch wenn es das Schicksal einer Vorlage mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt, bei klarem Verstand bleibt.

Mein dritter Wunsch ist also: Denken Sie bei allen Reden, Inseraten, Plakaten, Broschüren und Flugblättern, die Sie vorbereiten, daran, dass auch Ihre Gegner Schweizer sind, und ihr Vaterland so lieben, wie Sie selbst! Vergessen Sie nie, dass Sie mit jeder Verdächtigung und Beleidigung Ihres Gegners zum Schänder an unserem Staate werden!

* * *

Ich schlage nicht vor, ein innerparteiliches Abkommen zu treffen, das die Einhaltung dieser Grenzen in der politischen Werbung zum Ziele hat. Ich zweifle, ob es, selbst wenn es zustande käme, auch beim besten Willen der Partner, seinen Zweck erfüllen könnte. Es gibt immer Aussenseiter, die sich an kein Abkommen halten.

Aber wie wäre es, wenn jedes einzelne Mitglied der Parteiinstanzen und Komitees, die sich mit der Vorbereitung und Durchführung des Abstimmungskampfes beschäftigen, in dieser Richtung wirkte? Ich würde mir mehr davon versprechen. Sie haben die Werbemittel daraufhin zu prüfen, ob sie der Durchsetzung der Parteiparole dienen. Was meinen Sie dazu, wenn Sie nun ausserdem an jedes Plakat, jedes Inserat und jedes Flugblatt, das Ihnen vorliegt, bevor es eingesetzt wird — nicht als Parteimann, sondern als Schweizer — auch noch die andere, ungleich wichtigere Frage stellen würden, ob sich dessen Gesinnung mit der Würde unseres Staates verträgt?

Die richtige Antwort zu finden ist, wenn sie ehrlich gesucht wird, nicht schwer. Um so heikler und undankbarer

RICHTIGES SCHWEIZERDEUTSCH

(Züritütsch)

... käl Äier, käl Anke — und de Chës, d Milch und s Fläisch eso raar! — Soo töönts zäntume, bin Huusfrauen und bim Gaschtgwörb. — Bscht! — s git na érmer Lüt! — Mir ali müend is lehre na der Tecki strecke! — Aber daa isch na en franzöösisch gschrinne Spyszädel useghänkt, womer vorzue wänd übersetze. Was gits ächt druff zum usslässe?

Potage Jakson	Hördöpfelsuppe mit Böleringlene
Sandwiches	Appititbröötl
Maccaronis	Makerooni mit Tomatesauce tosose
Pommes de terre	Gschnitzti Hördöpfelninnette
Salsifis frits	Pachni Schwarzwuurze
Choux rouges aux marrons	Rootchabis mit Cheschtene
Haricots à la Bourgeoise	Boonen uf Bürgerart
Poissons au court bouillon	Gsotte Fisch
Bœuf à la mode	En päizte Mocke
Paupiettes de veau	Chalbfläischvögel
Abricots stérilisés	Ygmacht Barile

Spyszädel für d Tafele

(Table d'hôte)

Crème de riz	Duretribni Ryssuppe
Ragout de veau	Chalbsvorässe
Pommes de terre naturelles	Gsottni Hördöpfelstängeli
Salade	Salaat
Fruits	Frücht

En gueten Appitit und schööni Fyrtig!

Zusammengestellt von Frau Ida Feller-Müller, Zollikerberg, Zürich.

allerdings wird es sein, wenn sie verneinend ausfällt, entsprechend zu handeln. Und doch, wie bitter nötig wäre es!

Die Folgen der Missachtung der Grundregeln der Demokratie in den Abstimmungs- und Wahlkämpfen sind verheerend. Es ist nicht die einzige Ursache, die die Bürger der Politik und den Parteien entfremdet hat. Aber sie trägt einen grossen Teil der Schuld. Die Uebertreibung der Wichtigkeit und Dringlichkeit eines Entscheids erfüllt zwar immer wieder den Zweck, einzelne Bürger aufzurütteln und sie zur Urne zu bringen. Aber jeder Bürger, der mehrmals im guten Glauben an diese Uebertreibungen zur Urne ging und nachträglich immer wieder diese Uebertreibungen als solche erkennen musste, wird verstimmt und abgestumpft. Es liegt nahe, dass er, durch diese Schwindelpolitik angeekelt, die Politik überhaupt für Schwindel hält und sich von ihr abkehrt.

Es gibt immer zahlreiche Stimmberchtigte, denen die Herabwürdigung und Verächtlichmachung eines Gegners Eindruck macht und die sich durch diese beeinflussen lassen. Aber wenn sie mit der Zeit einsehen, dass die gleichen Männer, die sich gegenseitig als Halunken bekämpfen, nachher doch wieder einträchtig zusammenarbeiten — wie es notwendig und recht ist — dann liegt der Schluss nahe, dass sie schliesslich alle Politiker für Gauner halten und den Parteien, von denen sie sich betrogen glauben, den Rücken kehren. Das ist die Wirkung auf die älteren Stimmbürger. Aber auch auf die Jugend ist der Einfluss verheerend. Ein junger Schweizer, der, wenn er ins stimmfähige Alter kommt, den Anschluss an die Politik sucht, muss von den Auswüchsen des Abstimmungs- und Wahlkampfes angeekelt werden. Klar oder dumpf spürt er die Würdelosigkeit des Kampfes auf allen Seiten und verpasst den Anschluss.

Die Würde der Parteien ist mit der Unterordnung der Parteiinteressen unter ein, bei allen Gegensätzen der Wege, ge-

meinsames staatliches Ziel unlöslich verknüpft. Parteimänner, die das nicht einsehen, und nicht danach handeln, sind Totengräber des Staates, aber auch der Parteien, auch der eigenen.

Nachschrift :

Ich darf, so sehr es zu wünschen wäre, kaum annehmen, dass in dem kommenden Abstimmungskampf auch nur eine Partei die Grenzen beachtet, die ihr die Rücksicht auf das Wohl des Staates und das Ansehen der eigenen Partei vorschreiben würde. Wie wäre das möglich? Eine eingewurzelte schlechte Gewohnheit wird nicht von einem Tag auf den andern abgelegt. Die Dringlichkeit mag so gross sein wie sie will. Es bleibt zu hoffen, dass die Uebermarchungen doch nicht allzu gross sein werden. Aber selbst, wenn sie es wären, was dann?

Der richtige Schluss wäre gewiss nicht, an der Möglichkeit einer Erneuerung unseres politischen Betriebes zu verzweifeln, oder gar den Glauben an den Staat und an die Parteien — ohne die unser Staat undenkbar ist — zu verlieren.

Die Männer der Parteiinstanzen und Parteikomitees, die Abstimmungs- und Wahlkämpfe vorbereiten und leiten, bleiben selbst dann, wenn sie es schlecht machen, bessere Bürger, als jene, die sich von der Politik überhaupt fernhalten. Die dicke Haut verstockter Parteipolitiker, die neben den Parteiinteressen den Staat vergessen, ist immer noch ehrwürdiger, als die zarte Haut und das empfindliche Gewissen von Bürgern, die sich für das Kampfgetümmel der Politik zu gut halten. «Ideale Gesinnung», die keinen Finger röhrt, um diese in die Wirklichkeit umzusetzen, ist ein Lotterbett. Wer unsere Politik und unsere Parteien als auf Abwegen empfindet, darf daraus nur die eine Folgerung ziehen, nach seiner Kraft an seiner Stelle für die Umkehr zu wirken.